

DIE LINKE. *im Südwesten*

V.i.S.d.P. : Frank Eschrich

Telefon: 06331/227214

Mail: frank.eschrich@die-linke-ps.de

Internet: www.die-linke-ps.de

www.linksfraktion-ps.de

Rundbrief Nr.63

März 2012

Inhaltsverzeichnis

MVA Pirmasens und Müllgebühren

Aus der Stadtratsfraktion

Pressemitteilungen (Auswahl)

Termine März 2012 und Vorankündigung Landeskonferenz

Terminübersicht 2012

Eintrittserklärung DIE LINKE.

MVA Pirmasens und Müllgebühren

Eine unendliche Geschichte ist das Thema MVA Pirmasens und Müllgebühren. Seit der Gründung 1998 kämpft die politische Linke in Pirmasens gegen die Müllverbrennung. Zunächst als PDS, dann als WASG und heute als DIE LINKE.

Das Thema ist ein Paradebeispiel für politische Unfähigkeit, Ignoranz und Korruption. Die herrschende Politik versagt auf ganzer Linie seit der Inbetriebnahme der MVA 1999 und hat schon während der Planungen die Weichen für das heutige Desaster gestellt.

Bezahlen müssen die Bürgerinnen und Bürger und natürlich die Umwelt. Ein Ende ist nicht in Sicht. Die Knebelverträge mit der Betreiberfirma laufen noch bis 2023 und ein Ausstieg ist nahezu unmöglich. Die politisch Verantwortlichen aus SPD und CDU haben bei Vertragsschluss ganze Arbeit geleistet. Zum Schaden ihrer Wählerinnen und Wähler.

Nicht erst seit dem Bericht in „Frontal 21“ vom 28. Februar 2012 ist bekannt, dass die Müllverbrennung vor allem der Gewinnmaximierung der Betreiber auf Kosten der Gebührenzahler dient. **Das ZDF ermittelte für die MVA Pirmasens eine Nettoumsatzrendite von 38,9 Prozent, die selbst die Gewinnerwartungen der**

heftig kritisierten Deutschen Bank von 14 Prozent weit in den Schatten stellt. Die Verbrennung einer Tonne Müll in Fehrbach kostet den Betreiber 102,33 Euro, während dem Gebührenzahler 184,60 Euro in Rechnung gestellt werden. Mit dieser Rendite liegt „Eon Energy from Waste“ im Vergleich mit den weiteren deutschen MVA auf Platz vier.

Der Zweckverband Abfallwirtschaft Südwestpfalz (ZAS) agiert als gebühreneintreibender Büttel für den E.on-Konzern. Für die Betreiberfirma in Fehrbach ist dieses Geschäft völlig risikolos und saftige Gewinne sind bis 2023 garantiert.

DIE LINKE hat diese Entwicklung von Anfang vorhergesagt, durch Fakten belegt und öffentlich dazu Stellung genommen. Leider bis heute erfolglos.

Hier ein kleiner Ausschnitt aus der Pressearbeit der letzten Jahre zu diesem Thema:

Pressemitteilung 22. Mai 2006

WASG Pirmasens: Trügerische Sicherheit bei Müllverbrennung – Kosten steigen langfristig

Die positiven Meldungen über die MVA Pirmasens überschlagen sich. Nach Jahren der Schuldenanhäufung sei man nun in die Gewinnzone gelangt und könne sogar Rücklagen bilden. Dies käme letztlich den Gebührenzahlern zugute.

Dazu erklärt der Vorsitzende der WASG Pirmasens, Frank Eschrich:

„Die politisch Verantwortlichen des ZAS und Geschäftsführer Schnauber verkennen die Tatsachen. Trotz kurzfristigen Gewinnen und Schuldentilgung hat sich an der grundsätzlichen Situation im Müllgeschäft nichts geändert. **Die Überdimensionierung der MVA Pirmasens in Bezug auf das Müllaufkommen ihres Einzugsgebietes bleibt bestehen und wurde sogar gerichtlich festgestellt.** Die momentane Auslastung der Anlage ist spätestens dann vorbei, wenn andernorts neue Kapazitäten ihre Arbeit aufnehmen – darunter viele um das 10-fache günstigere mechanisch-biologische Aufbereitungsanlagen. **Langfristig werden die Kosten der Müllverbrennung also wieder kräftig steigen und die Gebührenzahler belasten, die als ZAS-Bürger durch Knebelverträge mit der Betreiberfirma alleine die Kosten der Anlage zu tragen haben. Auf der sicheren Seite dieses Geschäftes stehen ausschließlich die shareholder.**

Auch die Meldung, dass die Müllentsorgung für die Pirmasenser günstiger geworden wäre, ist falsch. Geringfügig gefallen ist lediglich der Verbrennungspreis, durchschnittlich werden die Bürgerinnen und Bürger durch das neue Gebührensystems und zusätzliche Kosten, wie beispielsweise bei der Anlieferung von Abfällen im Wertstoffhof, eher höher belastet. Ganz und gar absurd ist das Argument, durch Müllverbrennung könnten Gewinne im Strommarkt erzielt werden. Grundsätzlich bringt die thermische Verwertung von Siedlungsabfällen nur 15 Prozent der tatsächlich vorhandenen Energie der Abfallstoffe ins Netz – im Gegensatz zu 75 Prozent bei der vollständigen Verwertung in Stoffkreisläufen. Zudem muss dem Müll hochenergetischer Plastikabfall zugesetzt werden, damit er

überhaupt brennt und Energie abgibt. Diese Praxis wird mit höchstrichterlichem Urteil des europäischen Gerichtshofs jedoch bald der Vergangenheit angehören – ebenso der ausufernde Mülltourismus innerhalb Europas, der erschreckende Formen angenommen hat. Wird wie vorgesehen die Müllverbrennung auf die Siedlungsabfälle ihrer ursprünglichen Auftraggeber und unter strengen Umweltauflagen beschränkt, ist es mit der Auslastung auf dem Staffelhof schnell vorbei. Nicht zuletzt trübt den Sonnenschein, dass mit der Fa. Ökon deren Geschäftsführer Klinkhammer mit ins Pirmasenser Boot geholt wurde. Seine Firma hat eine Ausschreibung für die Anlieferung von 16.000 Tonnen Müll nach Pirmasens veranlasst. Klinkhammers zwielichtige Verstrickungen im Kaiserslauterer Müllskandal und mit seinem ehemaligen Arbeitgeber RWE sind offenbar noch nicht bei allen Beteiligten angekommen. **Alles in allem wiegen wir uns also nur in einer trügerischen Sicherheit in Sachen MVA und das dicke Ende kommt noch.“**

Pressemitteilung 7. Dezember 2007

Verbrennungspreis Kapriolen: Der Laie staunt, der Fachmann wundert sich

DIE LINKE. Pirmasens: Vor einem Jahr noch fallende Verbrennungspreise in der MVA prognostiziert – heute Rolle rückwärts

„Die positiven Meldungen über die MVA Pirmasens überschlagen sich. Nach Jahren der Schuldenanhäufung sei man nun in die Gewinnzone gelangt und könne sogar Rücklagen bilden. Dies käme letztlich den Gebührenzahlern zugute (...) Trotz kurzfristigen Gewinnen und Schuldentilgung hat sich an der grundsätzlichen Situation im Müllgeschäft nichts geändert“, so Frank Eschrich, Vorsitzender der LINKEN Pirmasens in einer Pressemitteilung vom 22.05.2006. Im Mai 2006 hatte ZAS-Geschäftsführer Schnauber von dem Erreichen der Gewinnzone im Müllverbrennungsgeschäft gesprochen. Tenor seiner Aussagen war, dass man nun in Sachen steigender Verbrennungspreise und Müllgebühren über den Berg sei und langfristig mit guter Auslastung der MVA und Gewinnen bei der Müllverbrennung, insbesondere bei der Stromerzeugung, rechnen könne. Die Lokalpresse berichtete im Frühjahr 2006 mehrfach. Heute, im November 2007, sind diese Aussagen Makulatur: „Der Preis wird wieder steigen“, so Schnauber gegenüber der RHEINPFALZ diese Woche.

Dazu erklärt der Vorsitzende der LINKEN Pirmasens, Frank Eschrich: **„Vor etwas mehr als einem Jahr überschlugen sich die Meldungen, wonach die MVA nun endlich Gewinne einfahren würde. Heute kommt die Rolle rückwärts. Klar war immer, dass die Müllverbrennung unrentabel und umweltschädlich ist. Zu den Themen Überdimensionierung und technische Alternativen wurde viel gesagt und vor Gericht gestritten. Die Verantwortlichen schlugen alle Warnungen und Bedenken mit einem einzigen Argument in den Wind: Nach dem Verbot der unbehandelten Ablagerung ab Juni 2005 wird's besser. Zwei Jahre nach dem prognostizierten Wunder ist man wieder in der Realität angekommen. Der Laie staunt, der Fachmann wundert sich, mit welcher Dreistigkeit die politisch Verantwortlichen mit dem Kurzzeitgedächtnis der betroffenen Gebührenzahler spekulieren.** Auf einem anderen Schauplatz, dem Müllskandal in Kaiserslautern, werden inzwischen Nägel mit Köpfen gemacht. Gegen ehemalige Mitarbeiter des Zweckverbands Abfallwirtschaft Kaiserslautern (ZAK) wird staatsanwaltlich ermittelt, Geschäftsunterlagen wurden beschlagnahmt. Im Mittelpunkt steht eine

Vertragsvergabe an eine Firma auf dem Staffelhof. Auch über diese Verstrickungen hatten wir bereits im Mai 2006 berichtet, nachdem bekannt wurde, dass ein ehemaliger Geschäftsführer des ZAK nun beim Zweckverband Abfallwirtschaft Südwestpfalz (ZAS) mit am Tisch sitzt. Das dicke Ende, so die Überschrift meiner Mitteilung vom Mai letzten Jahres, ist wieder ein Stück näher gerückt.“

Frank Eschrich, Vorsitzender DIE LINKE. Pirmasens

Pressemitteilung 17.Januar 2008

„Mülltourismus durch den Pfälzer Wald unter allen Umständen verhindern“

DIE LINKE. Pirmasens: Schwere Versäumnisse der Vergangenheit und Fehlentwicklungen rächen sich

Die internationale Müll-Mafia macht ernst. Mit der erneuten Anfrage an den Zweckverband Abfallwirtschaft Südwestpfalz (ZAS), Müll aus Süditalien in der MVA Pirmasens zu verbrennen, rücken illegale Müllgeschäfte, Mülltourismus und Gefahren für die Gesundheit näher an Pirmasens und die Westpfalz. Nach den ersten Anfragen aus Neapel an eine Zweibrücker Verwertungsgesellschaft aus dem Jahr 2002, Anfragen an den ZAS aus den Jahren 2004 und 2005, sollen 2008 nun endgültig die Güterzüge und LKW mit Müll aus Neapel durch den Pfälzerwald rollen.

Die Recherchen der LINKEN Pirmasens haben zu erschreckenden Ergebnissen geführt. **Die Abfallentsorgung in Süditalien ist fest in der Hand der Mafia. Normale Hausabfälle werden mit Giftmüll vermischt und an den Meistbietenden vertickt. In Neapel kam es bereits zu zahlreichen Festnahmen und tumultartigen Szenen auf den Straßen. In Neapel gab es zusätzlich Proteste wegen der seit Weihnachten gesperrten Schulen. Über 100.000 Schüler in mehreren Vierteln der Stadt sind zu Hause, weil die Schulen aus hygienischen Gründen gesperrt blieben. Berge von Unrat türmen sich vor den Eingängen vieler Schulen.**

Unterdessen werden italienische Abfälle nach Deutschland und in die Schweiz verschickt. Für die Verwertungsunternehmen sind die Müllimporte ein willkommenes Geschäft. Allein im vergangenen Jahr wurden nach Angaben des Bundesumweltamtes rund 52.000 Tonnen Hausmüll, sogenannte gemischte Siedlungsabfälle, aus Italien nach Deutschland importiert. Inklusive Industrie- und anderer Abfälle waren es etwa eine Million Tonnen. Damit hat sich die Masse der Müllimporte aus Italien innerhalb von fünf Jahren mehr als verfünffacht. **Das nordrhein-westfälische Abfallunternehmen Remondis, auch in Pirmasens tätig, ist Vorreiter. Alleine in der Remondis-Anlage Bremerhaven sollen in diesem Jahr 30.000 Tonnen Müll aus Italien angeliefert werden. Die Interessengemeinschaft der thermischen Abfallbehandlungsanlagen in Deutschland (ITAD) will bis zu 200 000 Tonnen pro Jahr neu aufnehmen.**

Auf eine Anfrage der Linksfraktion vom 9.3.2006 bezüglich ökologisch vertretbarer Transportentfernungen und auf welchen Wegen der Müll durch Europa transportiert wird, antwortete die Bundesregierung: „Die Frage nach der „ökologisch vertretbaren“ maximalen Transportentfernung lässt sich nach Auffassung der Bundesregierung

nicht pauschal beantworten. (...) Das in der EG Abfallrahmenrichtlinie rechtlich verbindlich festgelegte Prinzip der Nähe (d. h. die Entsorgung in einer der am nächsten gelegenen geeigneten Anlagen) gilt EG-rechtlich nur für Abfälle zur Beseitigung. Abfälle zur Verwertung unterliegen dagegen der Warenverkehrsfreiheit.“ Auf die Frage nach der Menge der Scheinverwertungen von Gewerbeabfällen in öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern antwortete die Bundesregierung: „Die Mengen der vormalig auf Deponien „scheinverwerteten“ und nach dem 1. Juni 2005 wieder den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern zur Beseitigung überlassenen Gewerbeabfälle, die in der Regel vor der Ablagerung auf Deponien einer Vorbehandlung bedürfen, sind der Bundesregierung nicht konkret bekannt.“

Dazu erklärt der Vorsitzende der LINKEN Pirmasens, Frank Eschrich: **„In der Müllwirtschaft herrschen katastrophale Zustände. Nun rächen sich die schweren Versäumnisse und Fehlentwicklungen der Vergangenheit. Als in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts Müll zur handelbaren Ware erklärt wurde, war der Grundstein für Profitinteressen und Geschäftemacherei gelegt. Zahlreiche Müllskandale in Deutschland und anderswo folgten. Die Bundesregierung ist konzeptions- und ahnungslos, gesetzliche Regelungen zum Schutz der Bevölkerung fehlen oder sind lückenhaft. Nicht anders sieht es auf der Landes- und Kommunalebene aus. Man überlässt die Abfallentsorgung der Privatwirtschaft und dubiosen Anbietern und mischt sich lieber nicht ein. In Pirmasens setzt die bewusst in Kauf genommene Überdimensionierung der MVA die Verantwortlichen unter Zugzwang. Mindermengen bescheinigt die Betreiberfirma mit augenblicklich steigenden Verbrennungspreisen, die von den Bürgerinnen und Bürgern per Gebührenbescheid eingezogen werden. Die Knebelverträge mit der SOTEC GmbH laufen noch mindestens bis ins Jahr 2019. Bis dahin werden die ZAS-Büttel der beteiligten Müllkonzerne losgeschickt, um in allen Herren Länder den Müll für den Fehrbacher Ofen zu requirieren. DIE LINKE. Pirmasens fordert die Verantwortlichen des ZAS auf, den Mülltourismus durch den Pfälzerwald unter allen Umständen zu verhindern und keinen Müll aus Neapel in Pirmasens zu verbrennen. Pirmasens macht damit kein Geschäft, sondern sich zum Handlanger der italienischen Mafia. Die Zerstörung des Biosphärenreservats Pfälzerwald durch die Abgase einer LKW-Lawine zwischen Kaiserslautern und Pirmasens kann nicht in Kauf genommen werden. Ebenso wenig die Gesundheitsgefährdung der Bevölkerung durch giftige Abgase, Verbrennungsrückstände und verschmutztes Grundwasser. DIE LINKE. Pirmasens fordert die Bevölkerung auf, Widerstand gegen die geplanten Müllgeschäfte zu leisten.“**

Frank Eschrich, Vorsitzender DIE LINKE Pirmasens

Antwortschreiben an Ulrich Mohr, Vorsitzender BUND Südpfalz

Rekommunalisierung, MVA und ZAS

Ihr Schreiben vom 8. März 2010

Sehr geehrter Herr Mohr,

10. März 2010

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 8. März 2010, das ich mit Interesse gelesen habe. Um es vorweg zu nehmen: Sie rennen mit Ihrem Anliegen und Ihren Ansichten bei uns offene Türen ein!

Seit mehr als 15 Jahren leisten ich und viele andere Parteimitglieder politischen Widerstand gegen die MVA. Schon zu PDS-Zeiten haben wir dazu Broschüren mit Informationsmaterialien, Presseartikeln und Stellungnahmen veröffentlicht. Der Widerstand gegen die MVA war unser Hauptwahlkampfthema bei den Kommunalwahlen 2004 und wurde vorher und nachher von uns immer wieder öffentlich thematisiert.

Unvergessen ist auch Ihr Zitat vom „Gebühren eintreibenden Büttel“, mit dem Sie damals den ZAS genauso treffend wie heute charakterisiert haben.

Es findet seit Inbetriebnahme der MVA eine Umverteilung von öffentlichen Geldern in private Taschen statt – obendrein zu Lasten der Umwelt und kommender Generationen.

Wie der politische und rechtliche Widerstand damals geendet ist, brauche ich Ihnen als profundem Kenner der Materie nicht näher zu erläutern.

Auch die Knebelverträge mit der SOTEC-GmbH und heutigen E.ON Energy from Waste sind Ihnen bekannt. Wir und andere haben damals von Fachleuten allerdings erfahren müssen, dass ein vorzeitiger Ausstieg aus dem Vertrag nahezu unmöglich ist bzw. horrenden Kosten verursachen würde. Die politisch Verantwortlichen haben damals ganze Arbeit geleistet und dies meine ich durchaus zynisch.

Leider war im Gegensatz zu den Müll-Skandalen in Köln und anderswo kein großes Nachrichtenmagazin bereit, in dieser Angelegenheit zu recherchieren. Dafür war Pirmasens wohl zu unwichtig. Auch die groß angekündigte Beschlagnahmung der Geschäftsunterlagen bei SOTEC in Neunkirchen brachte letztlich nichts.

Was wir heute tun können, ist, auf politischem Weg eine umfassende Rekommunalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge auf den Weg zu bringen. Denn darin liegt der Hund begraben: man hat Ende der 80er Jahre den Müll als handelbares Gut deklariert. Damit wurden die Profitinteressen geweckt, mit denen wir heute zu kämpfen haben.

Wir wollen die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen stoppen und die Rückführung bereits privatisierter Einrichtungen in die öffentliche Hand durchsetzen. Gesundheit, Bildung, Kommunikation, Verkehr, Rettungswesen, Energie- und Wasserversorgung, Abfallwirtschaft, ÖPNV sowie kulturelle Einrichtungen dürfen nicht den Prinzipien von Profit und Konkurrenz unterworfen werden. Auslaufende Konzessionsverträge zwischen Kommunen und privaten Versorgern müssen genutzt werden, die Rekommunalisierung umzusetzen. Um der EU-Liberalisierungspolitik zu entgehen, müssen diese Dienstleistungen durch hundertprozentige kommunale Eigenbetriebe erbracht werden. Wir fordern ebenso einen generellen Stopp des Ausverkaufs von öffentlichem Eigentum.

Diese politischen Forderungen werden noch in dieser Legislaturperiode in einen umfassenden Stadtratsantrag zur Rekommunalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge einfließen.

Dieser Antrag muss aber politisch gründlich vorbereitet und wissenschaftlich fundiert sein und darf sich nicht in der Form eines zweiseitigen Wischi-Waschi-Antrages erschöpfen.

Die von Ihnen freundlicherweise angegebenen Kontaktadressen werden wir dazu selbstverständlich gerne nutzen und würden uns freuen, wenn uns Sie und der BUND bei diesem Anliegen unterstützen würden.

Ich habe mir erlaubt, Ihnen die dahingehende Broschüre der Bundestagsfraktion bei zu fügen.

Für Rückmeldungen und zum Erfahrungsaustausch stehe ich Ihnen selbstverständlich auch gerne persönlich zur Verfügung.

Sie können mich täglich im Bundestagsbüro in Kaiserslautern oder auch privat erreichen. Meine Kärtchen habe ich Ihnen beigelegt.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Eschrich, Vorsitzender DIE LINKE Pirmasens

Aus der Stadtratsfraktion

Antrag zur Ratssitzung am 26. März 2012.

Bereits im Rundbrief DIE LINKE im Südwesten veröffentlicht waren die beiden Anträge „Bürgerhaushalt einführen“ und „Ratsbürgerentscheid Stadtgalerie“, ebenfalls für die Ratssitzung am 26. März 2012. Siehe Rundbrief Nr. 63 für Januar 2012

Umrüstung mit LED Lampen

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadt Pirmasens wird zukünftig bei der Umrüstung und Neuanlage der Straßenbeleuchtung LED-Lampen verwenden.

Die Beleuchtungsdauer und die Beleuchtungsstärke wird auf das nötige Maß reduziert.

Diese Maßnahme soll Teil des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Pirmasens sein.

Begründung:

Der Stromverbrauch für die Straßenbeleuchtung und die Stromkosten sind in den letzten Jahren stark angestiegen und werden voraussichtlich weitersteigen.

Aus Gründen der Energieeinsparung, der CO₂ Reduktion und der Einsparung von Haushaltsmitteln ist eine Verringerung des Stromverbrauchs bei der Straßenbeleuchtung dringend notwendig.

Bei der Umrüstung von veralteten Beleuchtungskörpern und bei der Neuinstallation sollen energieeffiziente LED Lampen eingesetzt werden. LED Straßenlampen

verbrauchen nur ein Viertel der Energie wie die gegenwärtig verwendeten Natriumdampflampen.

Die Lebensdauer einer LED Straßenlampe liegt um ein vielfaches höher, als die der Natriumdampflampen. Bei einer Betriebsstundenzahl von 50 000 Stunden beträgt die Verwendungsdauer im mitteleuropäischen Raum ca. 10 Jahre. Die Beleuchtungsdauer im Stadtgebiet und in den Ortsteilen ist zu überprüfen. Leitsatz soll künftig sein: „So viel wie nötig, so wenig wie möglich“. Hier ist ein Kompromiss zwischen Sicherheitsansprüchen und Energieeinsparung zu finden.

Für die Stadtratsfraktion DIE LINKE:

Frank Eschrich & Fritz Wirth

Pressemitteilungen Stadtratsfraktion (Auswahl)

Pressemitteilung 29. Februar 2012

Überdimension und Knebelverträge

Linksfraktion Pirmasens: MVA-Renditen haben jedes Maß überschritten – Gebührensatzung muss überprüft werden

Nicht erst seit dem Bericht in „Frontal 21“ vom 28. Februar 2012 ist bekannt, dass die Müllverbrennung vor allem der Gewinnmaximierung der Betreiber auf Kosten der Gebührenzahler dient. Das ZDF ermittelte für die MVA Pirmasens eine Nettoumsatzrendite von 38,9 Prozent, die selbst die Gewinnerwartungen der heftig kritisierten Deutschen Bank weit in den Schatten stellt. Die Verbrennung einer Tonne Müll in Fehrbach kostet den Betreiber 102,33 Euro, während dem Gebührenzahler 184,60 Euro in Rechnung gestellt werden. Mit dieser Rendite liegt „Eon Energy from Waste“ im Vergleich mit den weiteren deutschen MVA auf Platz vier.

Dazu erklärt der Vorsitzende der Linksfraktion Pirmasens, Frank Eschrich: „Der Zweckverband Abfallwirtschaft Südwestpfalz (ZAS) agiert als gebühreneintreibender Büttel für den E.on-Konzern. Für die Betreiberfirma in Fehrbach ist dieses Geschäft völlig risikolos und saftige Gewinne sind mindestens bis 2019 garantiert. Die internationale Müll-Mafia hat bundesweit ganze Arbeit geleistet. Überall wurden bewusst überdimensionierte Anlagen installiert und Knebelverträge mit unbedarften Kommunalpolitikern geschlossen, die von der Materie keine Ahnung haben oder am Geschäft beteiligt waren wie in Köln. Bezahlen müssen das Ganze die Bürgerinnen und Bürger. Auf der sicheren Seite dieses Geschäftes stehen ausschließlich die shareholder.“

Fritz Wirth, Ratsmitglied DIE LINKE, stellt die rechtliche Frage in den Mittelpunkt: „Der bisherige rechtliche Tenor lautete, dass den Betreibern von Müllverbrennungsanlagen und den Kommunen ein weiter Spielraum bei der ordnungsgemäßen Bemessung von Müllgebühren eingeräumt werden müsse. Mit dieser Begründung wurden die zahlreichen Klagen gegen Gebührenbescheide im ZAS-Gebiet bisher abgebugelt. Die nun bekannt gewordenen Renditen der Betreiberfirma haben jedoch jedes Maß überschritten und lassen diese Frage in einem neuen Licht erscheinen. Wir erwarten von den städtischen Vertretern im ZAS

bei der nächsten Hauptausschusssitzung Auskunft darüber, inwieweit die bisherige Abfallgebührensatzung noch rechtens ist.“

Frank Eschrich & Fritz Wirth, Linksfraktion Pirmasens

Pressemitteilung 28. Februar 2012

Seltsames Verständnis von Sachentscheidungen

Linksfraktion Pirmasens: B10: Uninformiert oder Täuschung? Entschuldungsfonds: Gespaltenes Verhältnis zum gleichen Sachverhalt

Entscheidungen von kommunalen Mandatsträgern sollten sachgemäß und nachvollziehbar sein. So lautet zumindest die Theorie. Bei der gestrigen Ratssitzung erlebte man allerdings das Gegenteil. Dazu erklärt der Vorsitzende der LINKEN Pirmasens, Frank Eschrich: „Die geplanten Einsparungen durch den Beitritt zum kommunalen Entschuldungsfonds finden sich in identischer Form im Haushalt 2012 wieder. Der gesamte Haushalt 2012 ist die logische Konsequenz aus dem Entschuldungsfonds. Warum die Mehrheit der SPD-Ratsfraktion für den Entschuldungsfonds, aber gegen den kommunalen Haushalt gestimmt hat, bleibt deshalb ihr Geheimnis. Mit Logik lässt sich dieses Abstimmungsverhalten einmal für und einmal gegen den gleichen Sachverhalt jedenfalls nicht erklären. Das Gleiche gilt für im Übrigen für Herrmann Schulze von den Grünen.

Getoppt wurde dieses seltsame Verhältnis zu Sachentscheidungen nur noch von OB Matheis, denn auch die Begründung von Beschlussvorlagen sollte wahrheitsgemäß erfolgen. Bei der Abstimmung über das Thema Mediation oder Schlichtung in Sachen B10 hatte Matheis suggeriert, dass sich die gesamte Region, insbesondere der Landkreis Südwestpfalz, gegen eine Mediation und für ein Schlichtungsverfahren ausgesprochen hätte. Dies gestern übrigens nicht zum ersten Mal. Das erstaunte Ratsmitglied konnte heute der Presse entnehmen, dass genau das Gegenteil der Fall ist. Es muss daher die Frage erlaubt sein, ob Oberbürgermeister Matheis nur uninformatiert war oder den Rat bewusst über die tatsächlichen Bedingungen der gestrigen Abstimmung getäuscht hat.“

Frank Eschrich & Fritz Wirth, Linksfraktion Pirmasens

Pressemitteilung 17. Februar 2012

Steht in Fehrbach eine „Sonder“ Müllverbrennungsanlage?

Der Gewerbemüll, der am 13.02.2012 in der Müllverbrennungsanlage in Fehrbach das schwerste Unglück seit Inbetriebnahme des Müllheizkraftwerkes 1999 auslöste, stammte aus einer Remondis-Sortieranlage bei Breisach.

Dazu erklärt der sozial-ökologische Sprecher der LINKEN Pirmasens, Fritz Wirth:

„20 Kilometer von Breisach entfernt befindet sich das Abfallheizkraftwerk TREA Breisgau, das den Restmüll der Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald, Emmendingen, dem Ortenaukreis sowie den Restmüll der Stadt Freiburg entsorgt. Man kann nun fragen: Wieso transportiert ein gewinnorientierter Betrieb wie Remondis seinen Restmüll über die A5 und die B10 in die 250 km entfernte Müllverbrennungsanlage nach Pirmasens?

Da würde es doch naheliegen, den Restmüll in das Abfallheizkraftwerk TREA Breisgau zu bringen, das ca. 20 km entfernt ist. Allerdings wird das TREA Breisgau aus Umweltschutzgründen vorwiegend mit der Bahn beliefert. Im Breisgau liegt immerhin die Umwelthauptstadt Freiburg, wo sehr viel Wert auf die Reinheit der Luft und des Bodens gelegt wird.

In Pirmasens ist das ja alles viel einfacher, da geht der Rauch in die Luft. Es bestand nie eine Gefahr für die Bevölkerung, auch ohne Messung. Luftschadstoffe oder Dioxin konnte man nicht feststellen. Obwohl Müll, der sich selbst entzündet und ein Rolltor zum Bersten bringt nicht so ohne ist. Als Pirmasenser Bürger muss ich nun fragen: Muss man die MVA Pirmasens als Sondermüllverbrennungsanlage einstufen, oder als Anlage in der Müll verbrannt wird, der in der TREA Breisach oder anderswo nicht verbrannt werden darf ?

Dazu erwarten wir von der Verwaltung und dem Betreiber eine Antwort.“

Fritz Wirth, sozial-ökologischer Sprecher Ratsfraktion DIE LINKE

Pressemitteilungen Stadtverband (Auswahl)

Pressemitteilung 23. Februar 2012

Will man die Menschen auf den Arm nehmen?

DIE LINKE Pirmasens: Im Entschuldungsfonds wurde aus „Gebäudemanagement Schulen“ nun „Gebäudemanagement“ – 500.000 Euro Einsparungen durch Stilllegung Hugo-Ball sollen verschleiert werden

Gestern trafen die Beschlussvorlagen für die Ratssitzung am kommenden Montag bei den Ratsmitgliedern ein. In der Beschlussvorlage für den Beitritt zum kommunalen Entschuldungsfonds wurde der bisherige Posten „Gebäudemanagement Schulen“ in den unverfänglicheren Titel „Gebäudemanagement“ umgetauft. Die ursprünglich einzeln aufgeführten Einsparungen für die Stilllegung des Hugo-Ball-Gebäudes in Höhe von 500.000 Euro sowie der Schulgebäude in Gersbach (30.000 Euro) und Erlenbrunn (100.000) werden nun in einer Summe von 630.000 Euro ohne weitere Angaben genannt und außerdem um zwei Jahre nach hinten verschoben.

Dazu erklärt der Vorsitzende der LINKEN Pirmasens, Frank Eschrich: „Will man die Menschen in Pirmasens auf den Arm nehmen ? Zumindest rudert die Stadtverwaltung Stück für Stück zurück, nachdem ihr klar geworden ist, dass die Generierung von Einsparpotenzialen für den Entschuldungsfonds ausgerechnet auf Kosten der Schulen ein klassisches politisches Eigentor war. Aber diese leicht

durchschaubare Verschleierungstaktik macht die ganze Angelegenheit nur noch unappetitlicher, denn die Fakten sprechen für sich: Bei der Suche nach Einsparmöglichkeiten bei insgesamt 120 städtischen Gebäuden sind im sogenannten Gebäudemanagement genau drei Gebäude berücksichtigt, nämlich drei Schulen. Deshalb sollte man das Kind beim Namen nennen, zu seinen eigenen Argumenten stehen und nicht versuchen, mit Taschenspielertricks die Öffentlichkeit zum Narren zu halten.

Zum Hintergrund gehört auch, dass das CDU-regierte Pirmasens eine völlig unverständliche Willfährigkeit gegenüber der rot-grünen Landesregierung an den Tag legt: Nur weil die Landesregierung wünscht, dass im Entschuldungsfonds nur wenige „große Brocken“ im kommunalen Anteil eingestellt werden sollen, muss man sich dieser Vorgabe noch lange nicht beugen. Selbstverständlich macht es weniger Mühe und Aufwand, den geplanten Abriss des Hugo-Ball-Gymnasiums mit 500.000 Euro im Eigenanteil zu verbuchen. Aber eine detaillierte und differenzierte Betrachtung aller Einsparpotenziale bei städtischen Gebäuden hätte möglicherweise eine ähnliche Größenordnung in vielen kleinen Schritten ergeben – dafür aber weit weniger politisches Porzellan zerschlagen.“

Frank Eschrich, Vorsitzender DIE LINKE

Pressemitteilung 14. Februar 2012

Kommunaler Finanzausgleich: Lavieren auf höchster Ebene

DIE LINKE Pirmasens: Kommunales Finanzierungsgesetz muss folgen

Der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz hat entschieden: Der kommunale Finanzausgleich verstößt in weiten Teilen gegen die Landesverfassung. Aber erst für 2014 muss das Land diesen Zustand ändern – obwohl die Landesregierung die Kreise seit 2007 mit nicht ohne massive Verschuldung finanzierbaren Zusatzaufgaben alleine lässt. Dazu erklärt der Vorsitzende der LINKEN Pirmasens, Frank Eschrich:

„Einmal mehr müssen Gerichte der rot-grünen Landesregierung erklären, dass ihr Verhalten rechtswidrig ist. Pikanterweise ist es ein SPD-Landrat, der einer bis zum vergangenen Jahr allein von der SPD geführten Landesregierung gerichtlich bescheinigen lässt, dass das finanzielle Ausquetschen der Kommunen verfassungsrechtliche Grenzen hat. Das ist gut so.

Bedauerlich und vor dem Hintergrund der konkreten Situation in Pirmasens kaum nachvollziehbar ist, dass eine Änderung des kommunalen Finanzausgleichs erst ab 2014 erfolgen muss – und dass die bis dahin vergangenen sieben Jahre unter den Tisch fallen. Das Urteil ist ein Lavieren auf höchster Ebene. Die Lehre für die Landesregierung lautet deshalb: Selbst wenn eine verfassungswidrig geringe Finanzierung der Kommunen vor Gericht Schiffbruch erleidet, bleibt dies folgenlos. Der Landesfinanzminister darf sich darüber freuen, dass er nicht bezahlen muss, was den Kreisen und Städten in der Vergangenheit von Rechts wegen zugestanden hätte. Sicher fallen Herrn Kühl für dieses Geld Verwendungsmöglichkeiten zugunsten der Bürgerinnen und Bürger ein – vielleicht für ein neues, wieder einmal wegweisendes Konzept am Nürburgring.

DIE LINKE fordert deshalb weiterhin, dass der Landtag endlich ein kommunales Finanzierungsgesetz beschließt, das der Willkür von Landesregierungen einen Riegel vorschiebt. Nur so ist Finanzierung der kommunalen Daseinsvorsorge und die notwendige demokratische Teilhabe sicher zu stellen. "

Frank Eschrich, Vorsitzender DIE LINKE Pirmasens

Pressemitteilung 2. Februar 2012

Kinderarmut in Pirmasens ist ein Skandal

DIE LINKE Pirmasens: Bekämpfung der Kinderarmut muss zum zentralen Thema für Politik und Gesellschaft werden

Die nun bekannt gewordenen Fakten zum Ausmaß der Kinderarmut in Pirmasens sind schlichtweg ein Skandal und dokumentieren das Versagen von Politik und Gesellschaft. Fast 38 Prozent der unter 3-jährigen und fast 30 Prozent der unter 15-jährigen fristen ihr Dasein unter der Armutsgrenze. Deshalb fordert DIE LINKE Pirmasens, dass die Bekämpfung der Kinderarmut zum zentralen Thema der politischen und gesellschaftlichen Debatte wird.

Dazu erklärt der Vorsitzende der LINKEN Pirmasens, Frank Eschrich: „Die Zeit des Schönredens und kosmetischer Maßnahmen muss nun endlich vorbei sein. Wir fordern einen konkreten Maßnahmenkatalog zur Armutsbekämpfung in Pirmasens als gemeinsame Kraftanstrengung aller politischen und gesellschaftlichen Akteure sowie eine Platzierung des Themas auf Platz 1 der politischen Agenda.

Die neusten Zahlen und Fakten beweisen, dass die karitativen Maßnahmen des Pirmasenser Paktes und anderer Initiativen nicht ausreichen, um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen. Man kann das Thema Armut nicht unter den Spendent Teppich kehren. Durch die Verteilung von milden Gaben an ausgesuchte Kreise oder phantasievolle Betreuungsangebote ändert sich nichts an der Grundproblematik. Private Spendenaktionen sind das eine, politische Verantwortung das andere. DIE LINKE Pirmasens wird es nicht zulassen, dass diese Trennschärfe verloren geht und sich die Politik weiter ihrer Verantwortung entledigt.

Die Armut der Kinder ist die Armut ihrer Eltern. Die Linksfraktion hat in den vergangenen zahlreiche konkrete Vorschläge gemacht, wie Armut in Pirmasens wirksam bekämpft werden kann. Kommunale Schulbeihilfen, Sozialtarife für Energie oder Sozialpass und Vergünstigungen im ÖPNV wurden allesamt abgelehnt, obwohl sie in vielen vergleichbaren Städten längst zum politischen Standard gehören.

Die politisch Verantwortlichen in Pirmasens demonstrieren mit ihrer Politik der sozialen Kälte vor allem eines: Sie haben immer noch nicht begriffen, dass man das alles dominierende Image des Armenhauses von Rheinland-Pfalz nicht mit unsinnigen Standortinitiativen und flotten Werbesprüchen verändern kann. Solange Pirmasens bundesweit mit der Armut seiner Bevölkerung Schlagzeilen macht, bleibt hier alles beim Alten und in naher Zukunft gehen die Lichter aus. Man kann nur hoffen, dass diese Botschaft nun endlich verstanden wird.“

Frank Eschrich, Vorsitzender DIE LINKE Pirmasens

Termine März 2012

15. März 2012

Mitgliederversammlung

Neuwahl der Delegierten zum Landesparteitag und zum Landesparteirat

Ort: „Kuchems Brauhaus“, Am Schlossplatz, Pirmasens

Beginn: 19 Uhr

19. März 2012

Vorstellung LED-Beleuchtungskonzept für Pirmasens

Ort: "Kuchems Brauhaus", Am Schlossplatz, Pirmasens

Beginn: 19 Uhr

28. März 2012

Bürgersprechstunde und kommunalpolitischer Stammtisch

Ort: "Grüne Laterne", Blocksbergstr.26, Pirmasens

Beginn: 19 Uhr

VORANKÜNDIGUNG

28. April 2012

Landeskonzferenz

Frauenpolitik und Genderkonzept

Vorstellung Landesparteiratsbeschluss Frauenpolitik, Antrag von Brigitte Freihold, Vorsitzende DIE LINKE Pirmasens

weitere Referentinnen sind angefragt

Diskussion und eventuell Beschlussfassung zur Gründung eines Frauenverbandes der LINKEN Rheinland-Pfalz

Ort: „Kuchems Brauhaus“, Am Schlossplatz, Pirmasens

Beginn: 11 Uhr

Terminkalender 2012

Adresse: „Grüne Laterne“, Blocksbergstr.26, Pirmasens.

Wochentag: Mittwoch

Adresse: „Kuchems Brauhaus“, Hauptstr.13 , Pirmasens.

Wochentag: Donnerstag

Abkürzungen im Kalender:

BSS = Bürgersprechstunde

AGK = Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik (Fraktion + Stadtverband)

FS = Fraktionssitzung (Dieser Sitzungsplan gilt als Einladung lt. § 4(2) GO)

VSS = Vorstandssitzung (Dieser Sitzungsplan gilt als Einladung lt. § 4(2) GO)

**Mitgliederversammlungen lt. Satzung werden gesondert schriftlich eingeladen
Lt. § 4(1) GO können nach Bedarf weitere Vorstandssitzungen schriftlich einberufen
werden**

Ort	Datum	Uhrzeit/Anlass
„Grüne Laterne“	04.01.12	19 Uhr BSS + AGK
„Kuchems Brauhaus“	19.01.12	19 Uhr FS + VSS
„Grüne Laterne“	01.02.12	19 Uhr BSS + AGK
„Kuchems Brauhaus“	16.02.12	19 Uhr BSS + AGK
„Grüne Laterne“	29.02.12	19 Uhr BSS + AGK
„Kuchems Brauhaus“	15.03.12	19 Uhr FS + VSS
„Grüne Laterne“	28.03.12	19 Uhr BSS + AGK
„Kuchems Brauhaus“	12.04.12	19 Uhr BSS + AGK
„Grüne Laterne“	25.04.12	19 Uhr BSS + AGK
„Kuchems Brauhaus“	10.05.12	19 Uhr FS + VSS
„Grüne Laterne“	23.05.12	19 Uhr BSS + AGK
„Kuchems Brauhaus“	07.06.12	19 Uhr BSS + AGK
„Grüne Laterne“	20.06.12	19 Uhr BSS + AGK
„Kuchems Brauhaus“	05.07.12	19 Uhr FS + VSS
„Grüne Laterne“	18.07.12	19 Uhr BSS + AGK
„Kuchems Brauhaus“	02.08.12	19 Uhr BSS + AGK
„Grüne Laterne“	15.08.12	19 Uhr BSS + AGK
„Kuchems Brauhaus“	30.08.12	19 Uhr FS + VSS
„Grüne Laterne“	12.09.12	19 Uhr BSS + AGK
„Kuchems Brauhaus“	27.09.12	19 Uhr BSS + AGK
„Grüne Laterne“	10.10.12	19 Uhr BSS + AGK
„Kuchems Brauhaus“	25.10.12	19 Uhr FS + VSS
„Grüne Laterne“	07.11.12	19 Uhr BSS + AGK
„Kuchems Brauhaus“	22.11.12	19 Uhr BSS + AGK
„Grüne Laterne“	05.12.12	19 Uhr BSS + AGK
„Kuchem Brauhaus“	20.12.12	19 Uhr BSS + AGK

Eintrittserklärung und Einzugsermächtigung

Eintrittserklärung

Hiermit erkläre ich,

Name, Vorname

meinen Eintritt in die Partei DIE LINKE, Mitglied der Partei der Europäischen Linken (EL).

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen des Programms der Partei DIE LINKE, erkenne die Bundessatzung an und bin nicht Mitglied einer anderen Partei im Sinne des Parteiengesetzes.

Weitere Angaben zu meiner Person

Geburtsdatum

Beruf

Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)

Telefonnummer

E-Mail-Adresse

Ort und Datum

Unterschrift

Die Angaben dienen der Nachweisführung und der statistischen Auswertung der Mitgliederentwicklung sowie der Verbesserung der Kommunikation. Sie werden im Parteivorstand, den Landesverbänden und in den Gliederungen der Partei DIE LINKE entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt und aufbewahrt.

Ich erkläre mit meiner Unterschrift dazu mein Einverständnis:

Ort und Datum

Unterschrift

Einzugsermächtigung

Mit dieser Einzugsermächtigung ist der Parteivorstand der Partei DIE LINKE /
der Landesverband der Partei DIE LINKE _____
bis auf Widerruf berechtigt,
meinen ab _____
fälligen monatlichen Mitgliedsbeitrag für DIE LINKE
in Höhe von _____ Euro und
meinen Jahresmitgliedsbeitrag für die Partei der Europäischen Linken (EL) jeweils im Monat Mai
in Höhe von _____ Euro von unten stehendem Konto abzubuchen.

Name, Vorname des Mitglieds _____ Geburtsdatum _____

Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort) _____

Landesverband _____ Gebietsverband _____

Bankleitzahl _____ Kontonummer _____

Name und Ort des Geldinstituts _____

Name und Unterschrift des Kontoinhabers/der Kontoinhaberin (wenn abweichend vom Mitglied) _____

Ort und Datum _____ Unterschrift des Mitglieds _____

Bitte bei der zuständigen Gliederung abgeben oder einsenden an:
Parteivorstand der Partei DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin